

Wiener Landesregierung Novellierung des Jugendschutzgesetzes - BERICHTIGTE WIEDERHOLUNG!

Utl.: Schutz vor Computerspielen mit Gewaltgehalt =

Wien (OTS) - In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Wiener Landesregierung wurde eine Neuformulierung des Wiener Jugendschutzgesetzes beschlossen, das zukünftig einen besseren Schutz der Jugendlichen im Zusammenhang mit Computerspielen gewährleistet.****

Die Novelle sieht vor, dass Datenträger, die Computerspiele beinhalten, an junge Menschen eines bestimmten Alters nur dann abgegeben werden dürfen, wenn aufgrund einer Alterskennzeichnung ersichtlich ist, dass sie für Menschen dieses Alters auch geeignet sind. Die Orientierung am europäischen PEGI (Pan-European Game Information)-System ermöglicht eine europaweit einheitliche Vorgangsweise. Wien hat das Vorhaben bereits in der Familien- und in der Jugendlandesreferentsitzung thematisiert, um auch über das zwischen Wien, Niederösterreich und dem Burgenland harmonisierte Jugendschutzgesetz hinausgehend einen österreichweiten Konsens zu erzielen.

Die Änderung des Wiener Jugendschutzgesetzes ist eine von mehreren Maßnahmen, die auf Prävention und Information statt auf restriktive Verbote setzt. Eine Arbeitsgruppe bestehend aus ExpertInnen unterschiedlicher Fachrichtungen und VertreterInnen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien hat in den letzten Monaten die Vorgangsweise beschlossen und festgelegt: Ende September hat im Wiener Rathaus die erste Game City stattgefunden, die von rund 25.000 Interessierten besucht wurde. Ein Mix von Fachdiskussionen - veranstaltet vom Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend und unterstützt von Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn -, Information und unterhaltsamer Publikumsveranstaltung ermöglichte einen breiten Austausch für unterschiedliche Zielgruppen, vor allem auch für Erwachsene d.h. für Eltern, LehrerInnen und JugendarbeiterInnen. Damit hat Wien einen Weg eingeschlagen, der international als "Wiener Weg" für Diskussionen sorgte. Denn es zeigte sich, dass in Wien die Politik gemeinsam mit ExpertInnen und der Industrie daran interessiert ist, dass die Spiele lediglich an altersadäquate Zielgruppen verkauft werden. "Es ist uns gelungen, ein

positives Zeichen zu setzen, auf das wir gemeinsam sehr stolz sein können, und das sicherlich auch richtungsweisend ist für andere Themenstellungen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben und wo nachgewiesen werden kann, dass der politische Reflex eines Verbotes oft nachhaltig extrem schlechte Auswirkungen hat und die Vorgangsweise der Information und der Diskussion extrem gute." so Vizebürgermeisterin Grete Laska. Der finale Beschluss wird zunächst im Ausschuss der GGR Jugend, Bildung, Information und Sport und im Jänner im Landtag erfolgen. (Schluss) eg

Rückfragehinweis:

~

PID-Rathauskorrespondenz:

<http://www.wien.at/vtx/vtx-rk-xlink/>

Mag. Eva Gaßner

Mediensprecherin Vbgm. Grete Laska

Tel.: 4000/81 850

E-Mail: eva.gassner@wien.gv.at

~

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0240 2007-11-14/12:43

141243 Nov 07

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20071114_OTS0240